

Kurswechsel für Deutschland

Berthold Huber

„Die Wirtschaft ist ein Boot, in dem wir alle sitzen. Die Sinn-Frage: Wohin wollen wir mit diesem Kahn fahren? – oder realistischer: Wo wollen wir auf keinen Fall landen? –, muss öffentlich diskutiert und politisch umgesetzt werden. Dabei sollten wir uns stets vor Augen halten: Boote, die nicht gesteuert werden, können mitunter auch an Ufer treiben, die man ganz gewiss nicht entdecken wollte“ (S. 123). So der Psychologe und Systemtheoretiker *Fritz B. Simon*.¹

Heute befinden wir uns genau an einem solchen Ufer: Das Wachstum der letzten Jahre wurde aufgrund der scharfen Rezession als Folge der Finanzmarktkrise vollständig aufgezehrt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staatengemeinschaft ist durch einen Vorgriff auf zukünftige Einnahmen zur Systemstabilisierung bis auf das Äußerste belastet. Seit Ende der 1990er Jahre steigt – dies belegen sämtliche relevanten Sozialindikatoren wie z.B. Teilhabe am Erwerbsleben, Vermögensverteilung oder auch Partizipation an Wahlen – die Spaltung der Gesellschaft.

Deshalb darf diese Krise nicht einfach „verschwendet“ werden, in dem Sinne, dass wir uns mit berechtigten und notwendigen Übergangsforderungen zufrieden geben. Wir dürfen die Probleme nicht nur dort bekämpfen, wo die Symptome oberflächlich in Erscheinung treten, wie bei der sogenannten Sozialstaatsdebatte. Es genügt nicht zu hoffen, die Konjunktur möge bald wieder anziehen und den Druck von uns nehmen.

Notwendig ist ein Kurswechsel, keine Variante des Bestehenden. Ein Kurswechsel, der im Hier und Jetzt beginnt, aber mittel- und langfristig zu einem völlig anderen Ziel, einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt. Ein Umsteuern in allen relevanten Politikfeldern, nicht nur bezüglich der materiellen Ausgestaltung, sondern auch hinsichtlich von Mitsprache und Beteiligungsrechten. Ein Kurs,

der sich vom hektischen und kleinteiligen Reformismus der Tagespolitik abgrenzt und die tiefer liegenden Problemursachen und ihre Wechselwirkungen in den Mittelpunkt rückt; der Verwerfungen im Vorfeld vermeidet, anstatt sie nachträglich provisorisch und meist wenig erfolgreich zu mildern.

In dem kürzlich erschienenen Buch „Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise“² habe ich versucht, einige Schneisen in das Dickicht der Tagespolitik und marktradikaler Sachzwangrhetorik zu schlagen. Nicht alle davon sind neu, viele bedürfen der Konkretisierung, alle müssen Gegenstand einer breiten gesellschaftlichen Debatte sein, für die dieses Buch eine erste Grundlage sein soll.

Denn eines scheint mir von herausragender Bedeutung: Diese Krise konnte sich nur vor dem Hintergrund einer Entwicklung vollziehen, die von *Colin Crouch* als Postdemokratie beschrieben wurde: Die formale Fortexistenz demokratischer Institutionen bei gleichzeitiger Verlagerung der Macht- und Entscheidungszentren in die Hände ökonomischer Eliten, einhergehend mit einer weitreichenden Selbstaufgabe der Politik, die nicht länger willens oder in der Lage ist, im Rahmen demokratischer Willensbildungsprozesse gesellschaftliche Ziele zu bestimmen, also ihrer ureigensten Bestimmung nachzukommen.

DIE NOTWENDIGKEIT DEMOKRATISCH LEGITIMIERTER POLITIK...

Demokratie ist nicht nur ein normatives Gebot, sondern führt durch die Übereinstimmung von Entscheidungs-, Betroffenheits- sowie Finanzierungskollektiv zu besseren sowie stärker legitimierten Ergebnissen. Keine Gesellschaft entscheidet sich in einem demokratischen Prozess für einen Weg, der sie in wenige Gewinner und eine steigende Anzahl an Verlierern teilt und die Zuordnung zu einer dieser Gruppen den Zufällen des Lebens und den Zwängen des

Marktes überlässt. Damit ist klar, wo der Hebel grundsätzlich anzusetzen ist. Die Wiedergewinnung des Primates demokratisch legitimierter Politik ist notwendige Voraussetzung für den Kurswechsel, den ich einfordere.

Konkret heißt das: Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen müssen erheblich erweitert, die soziale Selbstverwaltung gestärkt, Elemente direkter Demokratie in Form von Plebisziten oder Bürgerhaushalten auf kommunaler Ebene eingeführt sowie ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem endlich umgesetzt werden.

Damit habe ich bewusst eine Repolitisierung der Gesellschaft im Sinn. Es werden Räume geschaffen, in denen diskutiert wird. Strukturen müssen gestärkt werden, die erfahrbaren Einfluss auf lebensnahe Entscheidungen haben, z.B. im Betrieb. Kontroversen, die bislang durch den Verweis auf vermeintliche Sachzwänge suspendiert waren oder im Theaterdonner des Parteienwettbewerbs untergegangen sind, müssen erzwungen werden. Eine solche Repolitisierung ist der Resonanzboden für den Sprung von einer Kurswechseldebatte zu einem tatsächlichen Kurswechsel.

...UND IHRE PROGRAMMATISCHEN PFEILER

Was aber sind die inhaltlich-programmatischen Eckpunkte? Absolut zwingend ist, die Finanzmärkte zu regulieren, die sekun-

¹ Simon, F.B (2010): Der Untergang findet nicht statt, in: Schirmacher, F./Strobl, Th. (Hrsg.): Zukunft des Kapitalismus, Berlin, S. 119-123.

² Huber, B. (Hrsg.) (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG-Metall, IG-Metall Vorstandsverwaltung Frankfurt a. M.

dären Märkte drastisch einzudämmen, die Gesamtarchitektur in ein transparentes Korsett zu zwängen und Transaktionen spürbar zu besteuern. Bis die Finanzmärkte berechenbar langweilig geworden sind, sie ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen, die Realwirtschaft mit Krediten zu versorgen.

Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen und der hohen Staatsverschuldung ist eine staatliche Einnahmepolitik notwendig, die hohe Einkünfte, Kapitalerträge, große Vermögen und Erbschaften stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher Ziele und Aufgaben heranzieht, als dies momentan der Fall ist. Das ist zudem vor dem Hintergrund der wachsenden Kluft zwischen arm und reich auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Das Bildungssystem, welches sich in der derzeitigen Ausgestaltung durch die beiden Strukturmerkmale der sozialen Ungerechtigkeit und grundlegender Leistungsdefizite auszeichnet, muss umfassend reformiert werden. Durch einen Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, die Einführung von integrierten Ganztagschulen mit stärkerer Berücksichtigung spezifischer individueller Bedürfnisse, eine verbesserte Unterstützung von Jugendlichen und Betrieben bei der betrieblichen Ausbildung, die Sicherstellung des kostenfreien Erststudiums sowie die Beendigung der Segmentierung von dualer Ausbildung und Hochschulstudium durch eine insgesamt verbesserte Durchlässigkeit der Systeme.

Die Sozialversicherungen werden auf eine neue Finanzierungsbasis gestellt, die breiter, ergiebiger und damit auch gerechter ist. Handlungsleitend sind die Konzepte der Bürgerversicherung und der Erwerbstätigenversicherung. Gleichzeitig investiert der Staat stärker in soziale Dienstleistungen, die in Zukunft schon allein aus demografischen Gründen an Bedeutung gewinnen werden. Flankiert wird die neue Wohlfahrtsgesellschaft durch soziale Mindestnormen, die als untere Grenze der Absicherung verbindlich festgelegt werden.

Für mich steht fest: In die Offensive kommen wir letztlich nur durch eine Neuordnung des Arbeitsmarktes. Es geht darum, dem Leitsatz der Marktradikalen, dass jeder Job besser sei als keiner, die Strategie der Guten Arbeit entgegenzustellen. Ich bezweifle gar nicht, dass durch Deregulierung, Flexibilisierung und Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme kurz-

fristig Beschäftigung geschaffen werden kann. Diese bleibt aber prekär, bietet den Menschen keine Perspektive, verletzt den Grundsatz, dass sich Leistung lohnen soll, reißt in den Sozialversicherungen Löcher auf. Und sie untergräbt mittelfristig die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, die in besonderem und steigendem Maß auf gut qualifizierte und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen ist.

Deshalb ist es unumgänglich, der Verrohung des Arbeitsmarktes – z.B. den Missbrauch von Leiharbeit, der Ausweitung des Niedriglohnsektors und Befristungsketten – durch eine effektive Regulierung Einhalt zu gebieten. Wir brauchen zudem eine Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt durch Qualifizierung dauerhaft befähigt, die passgenaue Lösungen für die jeweiligen Lebensumstände bietet, z. B. auch durch flankierende Unterstützung in Zeiten, in denen neben der Arbeit familiäre Verpflichtungen anstehen. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die die Bereitschaft, Risiken einzugehen, z.B. die berufliche Neuorientierung oder auch den Schritt in die Selbstständigkeit, belohnt.

Es geht mir dabei ausdrücklich nicht darum, die Sozialpolitik effizienztheoretisch zu vereinnahmen bzw. verengt funktionalistisch zu begründen, indem sie nach den Erfordernissen des Marktes ausgerichtet werden soll. Der indische Wirtschaftsnobelpreisträger *Amartya Sen* liefert mit seiner „Ökonomie für den Menschen“ den Begründungszusammenhang. Jede und jeder soll die gleichen Chancen haben, persönliche Fähigkeiten zu erwerben, um so selbstbestimmt das eigene Leben in die Hand nehmen zu können. So zeigt erst der Grad an Verwirklichungschancen, ob und was Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit in einer Gesellschaft bedeuten. Seine Idee des ermöglichenden Staates, mit der das öffentliche Handeln in den Dienst der Entfaltung jedes Einzelnen gestellt wird, kommt meinen Vorstellungen sehr nahe.

Ein weiterer von seiner Bedeutung her kaum zu unterschätzender Debattenstrang ist die Wettbewerbs- und Industriepolitik. Wir müssen klären, wie der ökologische Umbau der Industrie, die zusammen mit den industrienahen Dienstleistungen die Basis unseres gesellschaftlichen Wohlstandes darstellt, sozialverträglich und ohne Brüche bei Einkommen und Beschäfti-

gung bewältigt werden kann; wie Wettbewerb und Markt so ausgerichtet werden, dass sie Mittel zum Zweck werden und der Gesellschaft dienen.

Das heißt für mich nicht, dass der Staat sich direkt in unternehmerische Entscheidungen einmischt. Dies bleibt in meiner Vorstellung den Belegschaften im Rahmen einer erweiterten Mitbestimmung sowie der Geschäftsführung vorbehalten. Der Staat setzt aber Regeln, überwacht deren Einhaltung, lenkt den Wettbewerb in Richtung Qualität und Innovation und schiebt gesellschaftlich notwendige Entwicklungen an. Denn wo sind denn die neuen Antriebssysteme für den Individualverkehr, deren Dringlichkeit angesichts der Endlichkeit fossiler Brennstoffe und der globalen Klimaerwärmung seit Jahrzehnten feststeht? Wo werden neue Mobilitätskonzepte im Alltagsbetrieb getestet? Und wie kann es sein, dass sich der Umstieg auf regenerative Energien angesichts der technischen Möglichkeiten im Schnecken-tempo vollzieht, um nur einige Beispiele zu nennen. Entfesselte Märkte und unregulierter Wettbewerb haben offensichtlich versagt.

Diese Auflistung ist nicht abschließend. Der gesellschaftliche Reformbedarf erscheint nahezu unendlich groß, die Widerstände beträchtlich, jede Detailfrage außerordentlich komplex, auch vor dem Hintergrund, dass Politik zunehmend transnational organisiert werden muss. Das verunsichert und lähmt, verleitet dazu, Fortschritte gering zu schätzen, mit Zynismus zu betrachten. Der Weg zum Fatalismus wird dann sehr kurz.

ENGAGEMENT STATT RESIGNATION

Ich bestreite nicht, dass der vor uns liegende Weg voraussetzungsvoll ist. Abstrakt formuliert befinden wir uns in einer Phase des Umbruchs, in der sich die gesellschaftlichen Teilsysteme in einer Art Teufelskreis gegenseitig destabilisieren. Nichts passt mehr zusammen. Der Sozialstaat nicht zu neuen Unsicherheiten und Risiken, das Bildungssystem nicht zu den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Integration, die marktradikale Wirtschaftsordnung nicht zu den gesellschaftlichen Funktionsvoraussetzungen sozialer Friede und Teilhabe, um nur einige Beispiele zu nennen.

Diese Entwicklung lässt sich – allen Widrigkeiten zum Trotz – aber auch um-

kehren. Im Rahmen einer synergetischen Konstellation, in der sich die Teilsysteme gegenseitig stützen und ergänzen.

Die IG Metall wird sich bei der Suche nach einem neuen Tugendkreis mit eigenen

Vorschlägen und Konzepten beteiligen, diese zur Diskussion stellen, Anregungen von außen aufnehmen, um die besten Lösungen ringen, Allianzen schmieden und Mehrheiten suchen, um den Kurs-

wechsel möglich zu machen. Bis wir an dem besseren Ufer angekommen sind: einer sozialen, marktwirtschaftlichen Demokratie.